Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl.

Dresden, 1888.

Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Berlin, 3. Febr. Auf Befehl Sr. Maj. des Kaisers und Königs ist hier eine Kommission zusammengetreten, welche unter dem Vorsitz des General-Adjutanten, Generalleutnants Grafen v. Lehndorff, über die Küraß-Frage Berathungen abhält.

Paris, 3. Febr. Die Comtesse Olga Münster, die zweite Tochter des Botschafters, ist heute Morgen in Cannes ihren langen Leiden erlegen. Der Botschafter wird heute Abend nach Cannes reisen.

Brüssel, 3. Febr. In den vergangenen Tagen fanden bei Antwerpen entscheidende Schießversuche zwischen Krupp- und Cockerill-Geschützen statt. Alle Versuche der Cockerill-Geschütze mißlangen, während die Geschütze von Krupp sämmtliche Proben glänzend bestanden.

Stettin, 3. Febr. (Getreidem.) Weizen flau, loco 162–168, April-Mai 169,00, Juni-Juli 173,50. Roggen flau, loco 107–114, April-Mai 118,50, Juni-Juli 123,00. Pommerscher Hafer loco 102–108. Rüböl still, Februar 46,50, April-Mai 46,50. Spiritus unverändert, loco ohne Faß versteuert 97,50, (mit 50 M.) Konsumsteuer 49, mit 70 M. Konsumsteuer 31,00, April-Mai 99,50. Petroleum loco verzollt 12,75.

Dresden, 3. Febr. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Ltr. 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per Februar 48,00, April-Mai 49,50, Mai-Juni 50,00, do. 70 M. Februar 30,00, April-Mai —. Roggen Febr.-März 113,00, April-Mai 116,00, Mai-Juni 119,00. Rüböl April-Mai 46,50, Mai-Juni —,—. Flau umschlag. —

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe. Dominos in vorzügl. Ausw. f. Herren u. Damen.
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage. | Telephon 389.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Schlossstr. 2, II.

Rath an Erfinder
Diese Broschüre ist kostenfrei zu beziehen von
Patentanwalt Rud. Schmidt, Dresden.
Bureau für Erwirkung deutscher und fremder Patente.

Haus Café Central.

„Invalidendank“
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Theater- und Maskengarderobe-Magazin I. Ranges von **Math. Klemich,** Wilsdrufferstraße 17, II. und III. Et.
Dominos nach neuesten Pariser Modellen in prachtvollen Abendfarben.
Costumes auf Wunsch nach Maass. Versandt nach auswärts prompt.

Nr. 35. Spiegel: Auswärtige Lage, Sturdza in Friedrichsruhe, weitere Aufgaben des Reichstages. Heimnachrichten, Landtagsverhandlungen, Petitionen um Trichinenschau, Reform des deutschen Schulwesens, Stadtverordnetensitzung. Gerichtsverhandlungen.

Sonnabend, 4. Februar.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Da der Reichstag die Beschlußfassung über die Verlängerung der Legislaturperiode nicht schon am Mittwoch vornahm, sondern auf den Freitag verschob, so hat die Berathung über das Anleihegesetz und die neue Wehrvorlage eine kleine Verzögerung erfahren. Bei einem der beiden mit einander eng zusammenhängenden Gesetzentwürfe erwartet man das Eingreifen des Fürsten Bismarck in die Berathungen. Der Reichskanzler weilt seit vorigem Sonnabend in Berlin. Man sah seinem Erscheinen beim Sozialistengesetze, dann bei dem Antrage wegen der zu verlängernden Legislaturperiode entgegen, beide Male vergebens. Ob er sich bei der Wehrvorlage oder dem Anleihegesetz im Reichstage zeigt, ist auch noch nicht ausgemacht. Um diese Entwürfe durchzudrücken, dazu bedarf es des persönlichen Eingreifens des Reichskanzlers nicht. Ihre nahezu einstimmige Annahme ist auch ohnedies gesichert. Wenn, so urtheilt die „N. L. C.“, wie zu erwarten, die Bewilligung rasch und ohne allzuviel Gerede ausgesprochen wird, so kann das den Eindruck dieser Abstimmung nur verstärken. Daß der Eindruck des ganzen Vorgehens im Auslande ein sehr mächtiger und, wie man voraussetzen darf, auch nachhaltiger ist, läßt sich aus der fremden Presse deutlich erkennen. Es kann wohl behauptet werden, daß niemals ein Reich mit solchem Ernst und solcher Entschlossenheit seinen festen Willen kundgegeben hat, die äußersten Opfer an Gut und Blut an die Sicherheit seiner Grenzen zu setzen, und dieser großartige Ernst ist nicht ohne sichtliche Wirkung auf Betheiligte und Unbetheiligte im Auslande geblieben. Es geht nachgerade durch die ganze europäische Welt, selbst bis in die Kreise der französischen und russischen Gewohnheitshetzer hinein, eine Ahnung, daß Derjenige, welcher den Angriff gegen ein solches Reich eröffnet, eine Verantwortung von erdrückender Schwere, wie kaum jemals eine in der Weltgeschichte, auf sich ladet und für das eigene Land Folgen von verhängnißvollster Wucht hervorrufen kann. Daß diese Rüstungen Deutschlands nur zur Abwehr, nicht zum Angriff dienen können, liegt in ihrer ganzen Natur; mit Landwehr und Landsturm unternimmt man keine leichtfertigen Eroberungskriege. Ein so starkes und dabei so friedfertiges Reich anzugreifen, wie es Deutschland ist, wird selbst der leichtfertigste Chauvinismus in Paris und Petersburg sich doppelt und dreifach besinnen. Dieser Dreibund hat von seiner aufrichtigen Friedensliebe innerhalb der letzten Wintermonate einen geradezu großartigen Beweis abgelegt. Alle Militärs sind der Ansicht, daß vom rein militärischen Standpunkt aus ein Angriffskrieg Deutschlands und Oesterreichs gegen Rußland geboten war; jedenfalls hätte die russischen Heere in Polen und Bessarabien eine furchtbare Katastrophe getroffen. Einen völkerrechtlich durchaus stichhaltigen Grund zur Kriegserklärung hätten die russischen Verschiebungen und Anhäufungen an den deutsch-österreichischen Grenzen längst den bedrohten Staaten geboten. Aber die Friedensmächte ließen die lockende Gelegenheit, die anrückenden russischen Streitkräfte aufzurollen und mit verhältnißmäßig geringen Opfern dem russischen Spuk ein Ende zu bereiten, unbenutzt vorübergehen, getreu dem edlen hohen Zweck des Friedensbundes. Man sieht, die Lage ist ernst genug. An beiden Grenzen des Reichs stehen friedliche Heere zum Einfall bereit. Das geringste Zeichen von Schwäche oder des Schwankens würde ihre Angriffslust steigern. Umgekehrt wird diese durch die Kraftanstrengungen gezügelt, denen sich Deutschland unterzieht. Die Ausdehnung der Wehrpflicht auf 900,000 neue Landwehrmänner und Landsturmpflichtige, die Wiedereinstellung sämmtlicher verabschiedeter Offiziere zu Dienstleistungen im Bedarfsfalle, die Aufnahme einer Anleihe von 280 Mill. Mk., deren jährliche Verzinsung in Höhe von 8–9 Mill. durch die Steuerzahler aufzubringen ist — Alles dies schneidet tief in das Fleisch der Nation. Es läßt aber auch an der Entschlossenheit der Nation keinen Zweifel aufkommen und verfehlt nicht seinen Eindruck auf unsere böswilligen Nachbarn. Die Völker werden gut thun, den jetzigen Zustand der Ungewißheit, so unbehaglich er auch ist, für einstweilen dauernden anzusehen und sich darauf einzurichten.

Soviel kann man wohl annehmen, daß Fürst Bismarck auch die letzten Wochen weise benutzt hat, die Macht des Friedensbundes zu erhöhen. Auf seinen Wunsch unternahm der rumänische Minister Sturdza zur Winterszeit die Reise von Bukarest nach Friedrichsruhe. Auf seiner Rückreise hat sich in Wien der Minister des Königs Carol hochbefriedigt über den Erfolg seiner Reise ausgesprochen. Man braucht von den phantasievollen Erzählungen über das in Friedrichsruhe Vereinbarte nicht das Geringste zu glauben und wird doch nicht irren, daß sich Bismarck und Sturdza in dem Gedanken begegneten, daß die Freundschaft Deutschlands und Oesterreichs für Rumänien weit werthvoller ist als diejenige Rußlands. Von der russischen Dankbarkeit wissen alle slavischen Völker ein Liedchen zu singen. Serbien erhielt, obgleich es auf russischen Antrieb seiner Zeit den so unglücklichen Krieg mit der Türkei begann, auf dem Berliner Congreß seinen Gebietszuwachs nicht auf Antrag Rußlands, sondern Oesterreichs; wie Rußland mit den Bulgaren umsprang, ist in frischem Gedächtniß. Die Rumänen aber haben gar seltsame Proben russischer Dankbarkeit erfahren. Obwohl König Carol sein Land dem Durchmarsch russischer Heere öffnete und seine Dorobanzen die Russen vor der schmählichen Niederlage vor Plewna retteten, mußte er diese Liebesdienste mit dem Verluste einer blühenden Provinz, Bessarabien, büßen, wofür die Sümpfe der Dobrudscha ein schlechtes Entgelt bildeten. Rumänien hat guten Grund zu fürchten, daß es ihm bei einem neuen Kriege Rußlands nicht besser erginge. Nur die Anlehnung an den Friedensbund kann das rumänische Königreich vor dem Schicksale bewahren, neuerdings wieder der Schauplatz blutiger Ereignisse zu werden und seine Opfer überdies mit neuer Machteinbuße zu bezahlen. Ueber die Friedrichsruher Reise Sturdzas können alle Friedensfreunde in Europa völlig beruhigt sein.

Wenn der Reichstag in den nächsten Wochen die politischen Gesetze (Sozialistengesetz, Verlängerung der Legislaturperioden, Wehrvorlage und Anleihegesetz) zum Abschluß gebracht hat, harrt seiner noch ein ganzer Berg wichtiger Vorlagen. Wir nennen nur die Justizgesetze, den Arbeiterschutz, den Befähigungsnachweis, das Weinfälschungsgesetz. Gute Wege wird es aber mit dem Biergesetze haben. Zwar hat man vor Monaten einen Gesetzentwurf angekündigt, der die Herstellung von Bier und den Handel damit betrifft und der die Bestimmungen des bayrischen Biergesetzes auf das ganze Reich erstrecken soll. In Bayern ist bekanntlich die Verwendung aller anderen Stoffe zur Bierbereitung, außer Hopfen und Gerste, ausnahmlos verboten. Hierbei befinden sich bekanntlich nicht blos die Biertrinker und die Bierbrauer, sondern auch die Staatskasse äußerst wohl. Das bayrische Biergesetz ist gewissermaßen das Ideal eines Gesetzes; es bewirkt, daß nur ein reines Bier in den Handel kommt und liefert gleichzeitig dem bayrischen Staate Erträgnisse in einer Höhe, wie sie in Ländern, wo man nicht so strenge Ansprüche an die Gesundheitspflege stellt, niemals erzielt werden. Nun hat zwar das Reichsgesundheitsamt einen desfallsigen Entwurf ausgearbeitet und im Juni v. J. darüber Sachverständige vernommen, aber trotzdem soll, so heißt es, das Biergesetz dem Bundesrathe nicht so bald zugehen. Sollte etwa der Bierstaat Bayern aus Concurrenzsorgen dies hintertreiben?

Hingegen scheint die Ausarbeitung des Entwurfs, betreffend die Alters- und Invaliden-Versorgung der Arbeiter, nun abgeschlossen zu sein und die bezügliche Vorlage dürfte, nachdem die Ermächtigung des Kaisers ertheilt ist, binnen Kurzem an den Bundesrath gelangen. Dort wird der Entwurf den Ausschüssen überwiesen werden und seine Durcharbeitung wird längere Zeit erfordern, sodaß der Entwurf erst etwa im März an den Reichstag gelangen wird. Die Unfallversicherung soll nach der Thronrede vom 24. November 1887 auch auf diejenigen Kleinbetriebe von Handwerkern ausgedehnt werden, welche von der bisherigen bezüglichen Gesetzgebung ausgeschlossen werden. Offiziös verlautet jedoch, daß die Arbeit für die Alters- und Invaliden-Versicherung alle vorhandenen Kräfte so in Anspruch genommen habe, daß diese Vorlage noch nicht zur Ausarbeitung gekommen ist und voraussichtlich in dieser Session gar nicht mehr an den Reichstag gelangen wird. Weiter hatte die Thronrede einen Gesetzentwurf angemeldet, welcher die Verhältnisse der freien Genossenschaften regeln und insbesondere die Bildung von Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht der Mitglieder ermöglichen soll. Diese vom Reichsjustizamte ausgearbeitete Novelle zum Genossenschaftsgesetz scheint soweit fertig zu sein, daß sie nur noch der Allerhöchsten Genehmigung bedarf.

Während alle Welt über die niedrigen Preise klagt, unter denen Industrie und Landwirthschaft zu erliegen drohen, schreibt das Hauptblatt der Freihändler, die „Times“: „Wir lieben die Preise niedrig und je niedriger desto besser. Wenn alle auf die Hälfte ihres jetzigen Standes fielen, würden wir uns darüber noch mehr freuen, denn wir haben nichts zu verkaufen und eine große Masse Dinge zu kaufen. Für Diejenigen, welche etwas zu verkaufen haben, fühlen wir keine große Theilnahme.“ Das englische Blatt hat hier mit brutalem Freimuth die Anschauung des Manchesterthums offen gelegt. Man sollte diesen Ausspruch in jeder Fabrik, jeder Werkstatt, jedem Bergwerk und Bauernhofe aufhängen, um die Fabrikanten, Handwerker und Landwirthe ebenso wie die arbeitenden Klassen gründlich von der Irrlehre des Manchesterthums zu kuriren. Die arbeitende Bevölkerung würde sehr rasch begreifen, was den eigentlichen Kern aller wirthschaftlichen Fragen ausmacht: sind Diejenigen im Recht, welche billig kaufen wollen, gleichviel ob die Produzenten bestehen können oder nicht? oder die, welche das Interesse der Produzenten für maßgebend halten? weil nur, wenn Landwirthschaft und Industrie blühen, die Saat gedeihen kann. In der Zoll- wie in der Währungsfrage handelt es sich im Grunde nur um diesen Gegensatz, alles andere ist verwirrendes Beiwerk. Der wüthende Widerstand gegen die Schutzzölle und die Doppelwährung stammt nur von Denen, die „billig kaufen wollen“ und für Diejenigen, die etwas zu verkaufen haben, keine große Theilnahme fühlen.“ Unter letzteren nennen die Arbeiter, die Nichts als ihre Arbeitskraft zu vermiethen haben, einen breiten Raum ein. Die Goldwährung bringt niedrige Preise für die Erzeugnisse und niedrige Löhne für die Arbeiter, die Doppelwährung bringt höhere Preise und Lohnsteigerung. Sie zügelt die Macht des Handels-Kapitals und der Börse, sie hebt die menschliche Arbeitskraft und macht sie gegen den Druck des sie als Spielball behandelnden Kapitalismus widerstandsfähiger.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 3. Febr.

Berlin. Der Reichstag setzte heute die erste Berathung des Antrags auf Verlängerung der Legislaturperiode von Drei auf 5 Jahre fort. Abg. Richter (freis.) bekämpft den Antrag. Die 3jährige Periode sei s. Z. von der Krone selbst angeboten worden. Damals hätte auch die Mehrheit der Nationalliberalen dafür gestimmt. Seitdem seien immer mehr Rechte des Parlaments preisgegeben worden, sodaß man jetzt darin nicht noch weiter gehen dürfe. Er hält kurzfristige Wahlperioden für nöthig, um im Volke das politische Interesse rege zu erhalten. Die Erbitterung, mit der die Wahlkämpfe geführt würden, hätten ihren Grund in dem Gebahren der Konservativen und Nationalliberalen, die ihren Gegnern die nationale Gesinnung absprächen, ferner in der amtlichen Wahlbeeinflussung und der Wahlbeeinflussung nationalliberaler Arbeitgeber. Die Freisinnigen lehnten die Septennatsvorlage ab, weil dieselbe mit der nationalen Vereinigung nichts zu thun gehabt und ein Mißtrauensvotum gegen das Volk enthalten habe. Singer (Sozialdem.) hält die Verkürzung der Wahlperioden für geboten. Der Antrag auf Verlängerung sei nur durch die Furcht vor dem allgemeinen Wahlrecht veranlaßt worden. Der Antrag sei der Vorbote weiterer reaktionärer Bestrebungen. Windthorst erblickt gleichfalls in dem Antrag den ersten Schritt zu einem Angriff auf das allgemeine gleiche geheime Wahlrecht. Von Bennigsen erwidert auf den Vorwurf Richters, die Stöcker'sche Berliner Stadtmission unterstützt zu haben, er habe den Aufruf zur Förderung der allgemeinen Mission im Lande unterschrieben, weil sich auf dem Boden dieses Liebeswerkes ein liberaler Mann allerdings mit den anderen Parteien treffen könnte. Die von Kräcker (Sozialb.) beantragte Verweisung an eine Kommission wurde abgelehnt. Die zweite Berathung findet demgemäß im Plenum statt.

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den deutsch-österreichischen Bündnißvertrag vom 7. Oktober 1879. Das amtliche Organ sagt: Die Regierungen entschlossen sich zu der Veröffentlichung, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen derselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwerthet werden. Beide verbündete Regierungen sind in ihrer Politik von dem Streben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren. Sie sind überzeugt, daß die Bekanntgabe des Inhalts ihres Bündnißvertrages jeden Zweifel hierüber ausschließen wird, und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen. Der Text lautet im Wesentlichen: In Erwägung, daß der deutsche Kaiser und der Kaiser von Oesterreich es als ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit ihrer Reiche und die Ruhe ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen; in Erwägung, daß beide Monarchen, ähnlich wie in früher bestandenen Bundesverhältnissen, durch festes Zusammenhalten beider Reiche im Stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen; in Erwägung schließlich, daß das innige Zusammengehen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn Niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidiren, haben die Kaiser von Deutschland und Oesterreich, indem sie einander feierlich versprechen, daß sie ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Vertheidigung zu knüpfen beschlossen. Artikel 1: sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch eines der beiden Reiche seitens Rußlands angegriffen werden, so sind die Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesammten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen, demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen. Artikel 2: würde einer der beiden Kontrahenten von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere Kontrahent, dem Angreifer gegen seinen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den hohen Mitkontrahenten zu beobachten. Wenn eine in solchem Falle angreifende Macht seitens Rußlands, sei es in Form einer aktiven Cooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel 1 dieses Vertrages stipulirte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegsführung beider Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß. Artikel 3: der Vertrag soll gemäß seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen von beiden Kontrahenten geheim gehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Theile mitgetheilt werden. Beide Kontrahenten geben sich nach dem bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Czaren der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands nicht bedrohlich sind. Sollte sich diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrthümliche erweisen, so würden beide Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß sie einen Angriff auf einen von ihnen als gegen beide gerichtet betrachten müßten.

Wien. Das Abgeordnetenhaus erledigte die Zuckersteuervorlage bis zu dem § 24. Die zu den §§ 1–3 gestellten Anträge behufs Einführung einer gleitenden Zuckersteuerskala wurden mit 164 gegen 82 Stimmen abgelehnt.

Die Berliner Börse verlief schwach und lustlos. Spekulative Banken waren durchweg niedriger, Bahnen still, Duxer und Elbethal niedriger, später besonders deutsche Grenzbahnen schwach. Bergwerke schlossen sich der allgemeinen Tendenz an, fremde Renten vorwiegend niedriger. Im Kassaverkehr waren deutsche Bahnen still, auch für österreichische bestand wenig Interesse, Banken waren meist niedriger, Industrien abgeschwächt und still, sächsische Stickmaschinen 1¼ Prozent besser, deutsche Fonds schwächer, ebenso österreichische Prioritäten. Privatdiskont 1½ Prozent.

Frankfurt a. M., 3. Febr. Credit 213⅜. Staatsbahn 179⅜. Lombarden 63⅝. Galizier 154⅝. Egypter 74,30. 4proc. Ungar. Goldrente 77,40. Diskonto 186,20. 80er Russen —. Handelsg. —. Laura —. Ruhig.

Wien, 3. Februar. Credit 268,00. Staatsbahn 211,40. Lombarden 81,75. Nordwestb. 153,00. Marknoten 62,17. Ung. Credit 269,75. Still.

Paris, 3. Februar. (Schluß.) Rente 81,35. Anleihe 106,75. Italiener 93,71. Staatsbahn 422,50, Lombarden 178,75, do. Prioritäten —,—. Spanier 67⅛. Egypter 373,00. Ottomanen 503,75. Neue Anleihe —. Türken —. Fest.

London, 3. Februar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 102⅛. 1873er Russen 91¼. Italiener 92⅝. Lombarden 7⅛. Konv. Türken 13⅞. 4proc. fundirte Amerikaner 130. 4proc. Ungar. Goldrente 76⅛. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 106. Egypter 74½. Neue Egypter 100⅜. Garant. Egypter 103. Ottomanbank 10. Suez-Actien 82. Spanier 66⅛. — Stimmung: Träge. — Wetter: Thauwetter.

Amsterdam, 3. Februar. Produkten (Schluß). Weizen per März 191, per Mai 191. Weichend. Roggen per März 104, per Mai 104. Behauptet.

Paris (Produkten). 3. Februar. (Schluß.) Weizen per Februar 22,30, per Mai-August 24,10. ruhig. Spiritus per Februar 47,00, per Mai-August 48,00. behauptet. Rüböl per Februar 54,25, per Mai-August 54,25. fest.

London, 3. Februar. (Produkten) Schluß. Getreide ruhig, nominell, Montagspreise. Mehl, Hafer flauer, russischer Hafer ruhig, fest. Uebriges stetig. — Wetter: Thauwetter.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der König nahm gestern Vormittag die üblichen Vorträge der Herren Staatsminister und Departementschefs, sowie des Herrn Geh. Rath Bär entgegen.

— Bei Ihren Kgl. Majestäten fand vorgestern Nachmittag Familientafel statt, an welcher Se. Kgl. Hoheit der Prinz Georg mit Familie und die Herren und Damen des persönlichen Dienstes Theil nahmen.

— Ihre Kgl. Majestäten haben bezüglich ihrer Reise nach Leipzig andere Dispositionen getroffen. Dieselbe ist bis zum 19. d. M. verschoben worden, wo Ihre Kgl. Majestäten alsdann einigen Festlichkeiten daselbst beiwohnen werden und Se. Majestät der König wie in früheren Jahren wiederum einige Kollegien besuchen wird. Die Aenderung der beabsichtigten Reise hängt, wie wir erfahren, lediglich mit dem Besuche Ihrer K. K. Hoheit der Erzherzogin Josepha zusammen.

— Ihre k. k. Hoheit die Frau Erzherzogin Maria Josepha trifft nächsten Dienstag zu achttägigem Besuche im väterlichen Palais auf der Langestraße ein. Ihr Gemahl, Erzherzog Otto, wird gleichzeitig hier eintreffen, jedoch nur einige Tage Aufenthalt nehmen.

— Ihre Durchlaucht die Frau Prinzessin v. Arbeck hat sich entschlossen, dauernd in Dresden Aufenthalt zu nehmen und hat in dem Grundstück von Fuchs-Nordhoff an der Bürgerwiese Wohnung auf mehrere Jahre ermiethet. Die großen Parterreräumlichkeiten daselbst werden zur Aufnahme der Frau Prinzessin bereits in Stand gesetzt.

— Se. Kgl. Hoheit Prinz Friedrich August ist unseres Wissens der erste deutsche Prinz, der in seiner Haushaltung auf die sonst üblichen Fremdworte verzichtet. Wie Conrektor Dr. Dunger in einem Vortrage im Vereine der sächs. Eisenbahnbeamten mit großer Befriedigung mittheilt, ist bei der Hofhaltung Sr. Kgl. Hoheit, hauptsächlich bei der Küchenverwaltung und dem Speisezettel die deutsche Sprache vollständig zur Geltung gelangt. Es bildete vor einigen Monaten einen wunderlichen Gegensatz, daß die zur Eröffnung des Landtages gehaltene kgl. Thronrede kaum 3–4, zur

J. Böhmer, Bade-Einrichtungen,
Galeriestrasse 20 part., I. u. II.

SLUB
Wir führen Wissen.